

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 142

Sonntag, den 21. Juni 1925

20. Jahrgang

### Die Marokkodebatte verschoben.

Erhöhte Aktivität der französischen Kommunisten. — Rege Geseftstätigkeit an der Front.

Paris, 19. Juni. Die Interpellation des radikalen Abg. Berthold, die Ministerpräsident Painlevé heute in der Kammer beantworten sollte, ist nicht zur Verhandlung gestellt worden, da der Vorsitzende der radikalen Partei Cojalas im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten verlangte, sie auf die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung zu legen. Hierauf hat der kommunistische Abg. Doriot eine neue Interpellation eingebracht, in der er fordert, die Regierung möge sich äußern, ob das Gerücht wahr sei, daß Abd el Arim durch Vermittlung von England und Italien Friedensvorschläge unterbreitet habe. Briand forderte von der Kammer, die Besprechung dieser Interpellation zu vertagen. Mit 525 gegen 32 Stimmen wurde die Vertagung ausgesprochen, worauf die Kammer die Sitzung aufhob. Nächste Sitzung kommenden Dienstag.

Paris, 19. Juni. Nach Beendigung des heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrates hat ein Mitglied der Regierung der Agentur Havas mitteilen lassen, die Minister begäben angesichts der kommunistischen Propaganda, die sich hauptsächlich durch Verbreitung von

Flugblättern und Broschüren auswirke, Besorgnisse. Man habe Verhaftungsrichtlinien festgestellt, die die Regierung innehalten werde gegen die kommunistischen Agitatoren, die nach eintreffenden Nachrichten täglich mit Abd el Arim korrespondieren und ihn zum Widerstand ermutigen, indem sie verkünden, die Mehrheit des Volkes sei gegen die Fortsetzung der militärischen Operationen. Ministerpräsident Painlevé hat übrigens nach Beendigung des Kabinettsrates mit dem Innenminister und dem Leiter der Sicherheitspolizei von Paris über diese Frage verhandelt.

Wie amtlich aus Bez berichtet wird, hat nördlich von Uezan Mad eine manövrierende französische Abteilung nach lebhaftem Kampfe vorgeschobene Posten besetzt. Eine im Gebiet von Beni Mesgilda operierende Abteilung wurde von Dissidenten bei Sellakine heftig angegriffen, konnte jedoch das gesteckte Ziel erreichen und soll dem Feinde beträchtliche Verluste zugefügt haben.

Von der spanischen Marokkofront wird erhöhte Geseftstätigkeit gemeldet.

### Ein Blaubuch der französischen Regierung.

Paris, 18. Juni. Die französische Regierung hat heute nachmittag ein Blaubuch veröffentlicht, in dem sie neun Noten wiedergibt, die seit dem 9. Februar zwischen der französischen und deutschen Regierung sowie zwischen der französischen und englischen Regierung ausgetauscht worden sind. Das erste Dokument ist das deutsche Memorandum vom 9. Februar, das zweite die Empfangsbescheinigung vom 20. Februar und das dritte das an England gerichtete französische Memorandum vom 12. Mai, das den Entwurf der Antwortnote auf das deutsche Memorandum darstellt. Briand erklärt darin, daß die Schiedsgerichtsverträge sich auf alle Konflikte jeder Art erstrecken und Raum lassen müssen zu einer Zwangsaktion im Falle der Nichterfüllung der Vorschriften der verschiedenen Verträge. In Punkt 5 des Entwurfes steht, daß mangels eines Schiedsgerichtsabkommens zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die, ohne an dem geplanten Rheinisch-Westfälischen Vertrag teilzunehmen, Signatäre des Friedensvertrages von Versailles sind, der durch den Paft erstrebte Zweck weder erreicht, noch der Friede Europas vollkommen garantiert werden könne. Punkt 6 des Entwurfes von Briand sagt, daß die französische Regierung der Ansicht sei, daß alle Abkommen, deren Beobachtung durch Unterschreift der gleichen Mächte sanktioniert würde, in einem allgemeinen Abkommen vom Völkerverbund zusammengefaßt und unter seinen Schutz gestellt werden müssen. Das vierte Dokument ist ein Memorandum Chamberlains vom 19. Mai, das man einen Fragebogen nennen könnte, und in welchem der englische Außenminister die Punkte aufzählt, über die er Aufklärung erwünscht. Das fünfte Dokument gibt Antwort auf die gestellten Fragen. Die französische Regierung wolle u. a. zum Ausdruck bringen, daß die Gesamtheit der Klauseln des Völkerverbundesstatutes und der Friedensverträge in jeder Hinsicht gesichert werden müsse. Das sei namentlich für die Grenzfragen und für die Vorkehrungen nötig, die dazu dienen müßten, die Beobachtung der Friedensverträge sicherzustellen. Das sechste Dokument ist die Antwort Chamberlains vom 29. Mai auf die von Briand gegebenen Erklärungen. Er beginnt damit, festzustellen, wie die britische Regierung die deutschen Sicherheitsvorschläge aufgefaßt habe. Das Abkommen müsse einen rein defensiven Charakter zeigen und in enger Harmonie und unter Leitung des Völkerverbundes abgeschlossen werden. Jede neue Verpflichtung, welche die britische Regierung übernehme, müsse sich auf die Aufrechterhaltung des territorialen Status an der Westgrenze Deutschlands beschränken. Neue Verpflichtungen, welche über die Verpflichtungen des Völkerverbundesstatutes und der Friedensverträge hinausgingen, würde England nicht übernehmen. England sei aber bereit, den Schiedsgerichtsverträgen, welche Deutschland mit den Westmächten schließe, eine Garantie zu geben, die nonverbalgerweise von der für das Rheingebiet gegebenen territorialen Garantie abhängig sei. Der Garantievertrag werde für die britische Regierung keinerlei Verpflichtung nach sich ziehen, in einer andern Form Waffenhilfe zu leisten, sondern nur in der, die sich auf den Rheinpaß beziehe. Es müsse Verständnis sein, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eine wesentliche Bedingung sei, aber nicht eine Vorbedingung, also nicht dem Abschluß eines Sicherheitspaktes vorausgehen müsse. Außerdem müsse verlangt werden, daß Belgien an dem Paft als direkt interessierter Staat teil-

nehmen müsse. Hierüber äußert sich Briand in einem Brief an den französischen Botschafter in London vom 5. Juni, in welchem er seinerseits einen neuen Textentwurf unterbreitet. Auf diesen neuen Entwurf hat Chamberlain am 8. Juni in Genf durch einen Brief an Briand geantwortet. Er erklärt darin, daß die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Amendements derart seien, daß ohne Verzug die Angelegenheit durch eine Deutschland zu erteilende Antwort gefördert werden müsse.

### Die Chinadebatte im englischen Unterhaus.

Generalstreik in Kanton. — Boykott gegen Ausländer.

London, 19. Juni. (Unterhaus.) Im Verlaufe der Debatte über China sagte Macdonald: Die britische Politik muß den Wunsch zu erkennen geben, mit China zusammenzuarbeiten und ihm in jeder Richtung zu helfen. In seiner Erwiderung erklärte Chamberlain: Wenn die Bemühungen der Mächte, China zu helfen, Erfolg haben sollen, so brauchen sie die Mithilfe Chinas selbst. Damit wäre eine der größten Schwierigkeiten überwunden. Wenn China mit denen, die ihm zu helfen wünschten, zusammenarbeitet, indem es seine Wunden heilt, dem Bürgerkrieg ein Ende macht und eine feste Regierung einsetzt, dann werden sich sicher seine Beziehungen zu der übrigen Welt schnell bessern und es wird auf dem richtigen Wege sein, seine Bestrebungen zu verwirklichen.

Peking, 18. Juni. (Reuter.) Das chinesische Kabinett erörterte die gestrige Note der interessierten Mächte. Das Außenamt wurde angewiesen, eine Antwort abzufassen, in der die Angaben der Note bestritten werden. Drei Brigaden des chinesischen Kriegsministeriums sind in der Umgegend von Peking eingetroffen, wie es heißt, als besonderer Schutz für die vollziehende Gewalt. Marshall Tchangscholl hat ebenfalls ein Bataillon für den Polizeidienst nach Peking entsandt.

Kanton, 19. Juni. Eine chinesische Massenversammlung beschloß gestern den Generalstreik und sprach sich für den Boykott britischer, japanischer und amerikanischer Waren aus. Das genaue Datum des Streikbeginnes ist noch unbekannt, doch wird erwartet, daß der Streik am 20. oder 22. Juni ausbrechen wird. Man befürchtet, daß es im Zusammenhang damit zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen kommen wird. Die Behörden im Europäerquartier haben Maßnahmen getroffen, um solchen vorzubeugen.

Peking, 19. Juni. Hier ist alles ruhig. Boykottversuche haben nur geringen Erfolg gehabt.

In Hankau ist die Lage gleichfalls ruhig. Studentische Agitatoren sind aus Peking und Schanghai eingetroffen, um für einen Boykott gegen die Ausländer Stimmung zu machen.

Gestern vormittag wurden in ganz Peking Flugblätter angeschlagen, auf denen englische Polizisten dargestellt sind, die am Boden liegende Männer, Frauen und Kinder misshandeln.

Reuter meldet aus Hongkong: Die britischen Freiwilligen wurde benachrichtigt, daß angesichts der drohenden Lage eine baldige Mobilisierung zu erwarten sei. — Eine Bande von Chinesen bemächtigte sich des englischen Handelsdampfers, der zwischen Hongkong und Macao verkehrt. — Der Streik hat sich auf die Mannschaft der britischen Küstendampfer ausgedehnt.

### Zur Psychologie des Völkerverbundgedankens.

Von Dr. Fritz, Dr. D. W.

In der Geschichte der Menschheit gibt es zwei Ansätze zu einem Völkerverbund, von denen der erste, 1815, ein Fürstentum war, während der zweite, jetzt noch bestehende, ein Bund der Regierungen ist. Einen wirklichen Bund der Völker hat die Menschheitsgeschichte über den Rahmen der Angehörigen des gleichen Stammes hinaus noch nicht herbeigeführt. Es ist nicht uninteressant, den Bund von 1815 und den von heute in ihrer Entstehung und in ihrer Auswirkung zu vergleichen.

Als die Gewalt Herrschaft des ersten Napoleon endgültig gebrochen war, ging unter den Nachwirkungen des ungeheurer Schrecken, was im Anschluß an die französische Revolution und durch die Verflabung Europas durch Napoleon über die Menschen dahin gegangen war, ein tiefster Zug durch alle Völkergeschichten. Eine unechte Religiosität waren die Reaktionen dieser Zeitströmung, in deren Sinne die drei verbündeten Monarchen von Rußland, Preußen und Oesterreich am 26. September 1815 vor ihrem Wegzuge aus Paris die heilige Allianz schlossen, der im weiteren Verlauf alle souveränen Fürsten Europas mit Ausnahme des Königs von England und des Papstes beitraten. Von religiösem Empfinden teils getragen, teils verdeckte Menschheitsideen schwebten den Gründern dieses Fürstentums vor. „Gemäß den Worten der heiligen Schrift, die allen Menschen bezeugt, sich als Brüder zu lieben, durch die Bande der wahren, unaussprechlichen Bruderkiebe verbunden zu bleiben, sich stets Bestand und Hilfe zu leisten, ihre Untertanen als Familienmitglieder zu beherrschen, die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten“, dieses Grundgesetz des heiligen Bundes ist nicht nur die Verkörperung der ersten europäischen Internationalen monarchischer und nicht proletarischer Geburt, sondern es ist von ähnlichen Menschheitsgedanken erfüllt, wie der Schöpfer Wilsoff bei seinen Völkerverbundgedanken hatte. Damals blieb England fern, heute Amerika.

Damals wie heute waren es höchst reale Ziele, die dicht hinter der Kulisse der Menschheitsideen verborgen lagen. Beide Male sollte der Frieden durch den Bund gesichert werden. 1815 sah das so aus, daß zur Sicherung der Zahlung von 700 Millionen Franken Kriegsentwädigung in 17 Grenzfestungen ein Bundesheer von 150 000 Mann drei Jahre lang auf französischem Boden verblieb. Steht man von den Rissen und Fritten ab und blickt nur auf System und Prinzip, so ergibt sich eine überraschende Ähnlichkeit mit Saar, Rhein und Ruhr. Aber doch war die Mißgestaltung des Bundes 1815 mehr nach der innerpolitischen Seite zu erkennen, während der heutige Bund im wesentlichen ein außenpolitisches Herrbild war. Der heilige Bund betrachtete sehr bald seine Hauptaufgabe darin, unter dem Deckmantel christlicher Gebote die freiwirtschaftlichen Regungen der Völker zu unterdrücken und die Fürstengewalt bis an die Grenze der Despotie zu führen. Der heutige Völkerverbund war lange Zeit nichts anderes als ein Synonym zur Knebelung und Bedrückung Deutschlands. „Frieden und Gerechtigkeit aufrechterhalten“ wollte der heilige Bund, und wurde zum Bedrückter der in freiwirtschaftlichen Regungen aufwärts strebenden Völker. „Frieden und Gerechtigkeit aufrechterhalten“ wollte der Völkerverbund von heute, und war lange Zeit der Ausgangspunkt der Friedlosigkeit Europas und der Ungerechtigkeit gegenüber Deutschland.

Was lehren uns diese Entwicklung und diese Vergleiche? Der oberflächlich Urteilende wird geneigt sein, die Schlussfolgerung zu ziehen: der Gedanke eines Völkerverbundes ist utopisch. In dieser Allgemeinheit ist das Urteil falsch, aber das andere Urteil ist richtig: der Völkerverbundgedanke ist so lange unecht, als er nur von den Fürsten und den Regierungen, gleichviel ob republikanischen oder monarchischen, als Utopie für außen- oder innenpolitische Machzwecke verwendet und nicht in seinem tiefen sittlichen Gehalt von den Völkern selbst empfunden wird. Die Demokratie macht die Völker selbst zu Trägern ihres Schicksals, und die Völker werden auf keinen Monarchen und keine Regierung mehr die Verantwortung dafür abwälzen können, ob Frieden und Gerechtigkeit in der Welt herrschen sollen oder Unfrieden und Gewalt. Der wahrhaftige Völkerverbundgedanke hat nichts mit der würdelosen Art des Kapitalismus zu tun, sondern er ist das zur Zeit noch ungelöste aber bei fortschreitender Kultur nicht unlösliche demokratische und sittliche Erziehungsproblem im Nebeneinanderleben der Völker.

weiz  
homa.  
Uhr an  
musik.  
n Otto's Ww.  
Forelle  
rslokal.  
Soupers  
Preisw. Weine  
Uhr an:  
zert  
L.  
Saal.  
Fritz Enders.  
zu Aue.  
8 Uhr  
kung  
ten.  
Gesamtvorstand.  
mpel  
att.  
essigt sicher  
Lebewohl  
schwindet durch  
Scheiben.  
ben am Strumpf.  
ster 75 Pfg.  
potischen.  
lmon.  
Sommer.  
Uhlmann.  
Martin.  
Homöopathie.  
Schulz  
noch heilbar,  
Erfolg.  
untersuchung.  
otel zur Gidp  
2 bis 7  
nabend.  
ubringen.

Anzeigenpreise: Die Lebenshaltung  
Preisliste für Anzeigen aus 700 und  
umgehend 30 Goldpfennige, aus-  
wärtige Anzeigen 40 Goldpfennige,  
Kellern-Anzeigen 50 Goldpfennige,  
sonstige Anzeigen 60 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1040